

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 86. Ratssitzung vom 2. November 2011

1908. 2011/288

Weisung vom 13.07.2011:

Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Beiträge 2012 bis 2015 für das Selbsthilfezentrum Zürich

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» wird ein jährlicher, maximaler Gesamtbeitrag von Fr. 285 110.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt, der sich zusammensetzt aus einem leistungsabhängigen Betriebsbeitrag von Fr. 205 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) und einer Kostenmiete von Fr. 79 810.–, die dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet wird.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Thomas Wyss (Grüne): Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Die dazugehörige Stiftung ist in Zürich beheimatet. Der bei der Stadt beantragte Betrag reicht aus, um 1 000 Stunden Beratung im Jahr anbieten zu können. Gleichzeitig unterstützt die Stadt die Stiftung bei der Gründung von neuen Gruppen. Zudem erhält die Stiftung von der Stadt auch einen Kostenbeitrag an die Räumlichkeiten. Ich bitte Sie, die Weisung zu unterstützen.

Ursula Uttinger (FDP): Auch wir sind der Meinung, dass Selbsthilfegruppen grundsätzlich sinnvoll sind. Es stellt sich aber die Frage, ob es sich dabei um eine städtische Aufgabe handelt. Unseres Erachtens existieren genügend günstige Räumlichkeiten, sodass sich die Stadt nicht auch noch an der Miete beteiligen muss. Zudem bezweifle ich, dass es sich bei den Teilnehmern nur um Einwohner unserer Stadt handelt. Das Hauptargument für die Ablehnung der Weisung ist aber, dass der Betrag für die Dauer von vier Jahren gesprochen werden soll. Schliesslich ist es fraglich, was mit dieser Kostenstelle bei der nächsten Budgetdebatte passiert. Es ist zwar kein grosser Betrag, aber er muss dann vielleicht irgendwo anders eingespart werden, beispielsweise beim Personal, was wir nicht wollen. Daher lehnen wir die Weisung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Oliver Dogwiler (SVP) verweist auf die Auflistung aller Selbsthilfegruppen im Jahresbericht der Stiftung. Er frage sich, ob es denn wirklich für alles eine Selbsthilfegruppe brauche. Viel wichtiger erscheine ihm aber die Frage, ob die Stadt respektive der Steuerzahler sich an solchen Projekten finanziell beteiligen müsse.

Die Teilnehmer steuerten nur 5 Franken pro Treffen an die Kosten bei. Er bemängelt ferner die ungenügende Auslastung der Räumlichkeiten, da aufgrund seiner Berechnungen lediglich eine Gruppe pro Tag die Räume nutze und auch Nicht-Stadtzürcher an den Treffen teilnehmen könnten. Gleichzeitig kritisiert er die Tarife für die Räumlichkeiten, die von der Stiftung bei der Vermietung an Externe erhoben werden als zu tief. Des Weiteren führt er aus, dass die Stiftung die Miete für die Räumlichkeiten ohne Hilfe der Stadt gar nicht bezahlen könnte, was für ihn die Frage aufwerfe, weshalb sie sich nicht günstigere Räumlichkeiten ausgesucht habe. Die Stiftung könnte aus einer Sicht kostendeckend arbeiten, wenn die Teilnehmerbeiträge und die Miettarife für Externe angehoben würden.

Maria Trottmann (GLP): Es ist legitim, zu fragen, ob Selbsthilfe eine städtische Aufgabe ist. Die GLP ist der Meinung, dass die Stadt dies unterstützen sollte. Schliesslich handelt es sich bei den Betroffenen um traumatisierte Menschen, denen so geholfen werden kann. Dafür braucht es eine Anlaufstelle wie das Selbsthilfezentrum. Zudem bietet diese Institution nicht nur den Selbsthilfegruppen Platz für ihre Treffen, sondern auch günstige Mieträumlichkeiten für die Vereine im Quartier. Daher wird die GLP die Weisung unterstützen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Thomas Wyss (Grüne), Referent; Präsident Marcel Savarioud (SP), Linda Bär (SP), Salvatore Di Concilio (SP) i.V. von Dominique Feuillet (SP), Catherine Rutherford (AL), Maria Trottmann (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Karin Weyermann (CVP)
Minderheit:	Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Alain Kessler (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» wird ein jährlicher, maximaler Gesamtbeitrag von Fr. 285 110.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt, der sich zu-

3 / 3

sammensetzt aus einem leistungsabhängigen Betriebsbeitrag von Fr. 205 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) und einer Kostenmiete von Fr. 79 810.–, die dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet wird.

2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat